

# Der sächsische Erzähler,

Zageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

**Amtsblatt**

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Fernsprecher Nr. 22.

**Funfundsechzigster Jahrgang.**

Telegr.-Adr.: Amtsblatt.

**Mit den wöchentlichen Beilagen: Jeden Mittwoch: Belletristische Beilage; jeden Freitag: Der sächsische Landwirt; jeden Sonntag: Illustriertes Sonntagsblatt.**

Geschieht jeden Freitag Abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der drei wöchentlichen Beilagen bei Abholung vierteljährlich 1. 50 J., bei Zustellung ins Haus 1. 70 J., bei allen Postanstalten 1. 50 J. inklusive Bestellgeld. Einzelne Nummern kosten 10 J.

Bestellungen werden angenommen für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle, Altmarkt 15, ebenso auch bei allen Postanstalten. Nummer der Zeitungsliste 8587. Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Interate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher. Die vierteljährliche Kopypublizität 12 J., die Reklamezeile 30 J. Geringster Inseratenbetrag 40 J. Für Bilderstattung unverlangt eingehender Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.

**Freitag, den 16. Dezember 1910, nachmittags 2 Uhr, sollen in Bischofswerda folgende Gegenstände, als: 1 Kommode, 4 Stühle, 1 Tisch, 1 Küchenschrank, 1 Bank, 1 Wäschekorb, 1 Posten getr. Kleidungs- und Wäschestücke, 7 Kartons mit Blumen u. v. a. m. gegen Barzahlung versteigert werden. Sammelort: Königlich-Kantonsamt.**

Bischofswerda, am 12. Dezember 1910.

**Der Gerichtsvollzieher des Königlich-Kantonsamtes.**

## Das Neueste vom Tage.

Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hielt am Sonnabend im Reichstag eine bedeutende Rede über die Hauptfragen der inneren Politik, wobei er sich in energischer Weise gegen die revolutionären Umtriebe der Sozialdemokratie wandte. (Siehe Artikel.)

Die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft beging gestern die Feier ihres 25jährigen Bestehens. (Siehe Deutsches Reich.)

Der österreichische Ministerpräsident Baron Dienerth hat dem Kaiser die Demission des Kabinetts angeboten. (Siehe Letzte Depeschen.)

In Norditalien sind durch heftige Regengüsse große Überschwemmungen hervorgerufen worden. (Siehe Letzte Depeschen.)

Beduinenshämme verübten in der syrischen Stadt Keraf ein furchtbares Blutbad unter den türkischen Beamten und der Garnison. (Siehe Balkan.)

## Eine bedeutende Kanzlerrede.

In der Sonnabend-Sitzung des Reichstags hielt der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg eine Rede, in welcher er mit bemerkenswerter Klarheit und Deutlichkeit den Standpunkt der Staatsregierung gegenüber der immer deutlicher ihr Haupt ergebenden Sozialdemokratie darlegte. Im Eingang seiner Rede behandelte er erst die Finanzlage des Reiches. Bei den neuen Steuerordnungen führte er aus, handelte es sich nicht um diese oder jene Art von Steuern, sondern um die Erkenntnis, daß es mit der bisherigen Finanz-Wirtschaft nicht weitergehen könne. Der Etat sei die blutigste Rechtfertigung des früheren Entschlusses der Regierungen, die Reichsfinanz-Reform ungeachtet einzelner Bedenken anzunehmen. Der Reichskanzler betonte die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung einer starken Schlachtflotte und des Heeres. Alle Gerüchte über Krisen und Konflikte in der Armee- und der Seeresverwaltung, sowie der Reichsfinanz-Verwaltung gehören in das Gebiet der Fabel. An den gewohnten Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik werde mit allem Nachdruck festgehalten werden. Wie auch die Neuwahlen ausfallen mögen, eine Söterdämmerung werde auch dann andrehen. Das Volk werde in seiner überwiegenden Mehrheit den Reichstag fragen, ob er die Wehrmacht und staatliche Ordnung erhalten und schützen wolle. Der Reichskanzler kann sich nicht mit irgend einer Partei und Parteikonstellation identifizieren. Er dient auch

nicht dem Parlament, sondern dem Wohl des Vaterlandes, so lange er dazu die Zustimmung des Kaisers und die der Regierung findet.

Hierauf ging er auf sein Verhältnis zur Sozialdemokratie über. Der Forderung des Herrn von Seydewitz nach Ausnahmegesetzen kann er nicht zustimmen. Was die Frage der Zulänglichkeit unserer staatlichen Machtmittel betreffe, so seien ja allerdings andere Länder, z. B. Frankreich und England, besser gestellt. Das Verfahren sei dort ein beschleunigteres und häufig verhängen man dort sehr derbe Strafen. Die Kommission habe anerkannt, daß die Vorschriften des geltenden Rechts sich im Kampfe gegen die verheerende und aufreizende Tätigkeit fanatischer Agitatoren als unzureichend erwiesen haben, und hat deshalb insbesondere eine ergänzende

Strafbestimmung gegen die Aufwiegelung und gegen die Verherrlichung begangener Verbrechen vorgesehn. Wörtlich fuhr dann der Kanzler weiter:

Mit vollem Recht haben die Zeitungen daran erinnert, wie auch Ben n i g s e n schon im Jahre 1905 es hier im Reichstag anerkannt hat, daß gegen die revolutionäre Unterwühlung unserer ganzen Zustände durch die Sozialdemokratie Front gemacht werden müsse. Er schloß daran die Bemerkung, daß, so wichtig auch alle anderen Gegenstände der bürgerlichen politischen Parteien seien und so berechnete Wünsche und Beschwerden sie auch gegenüber den Regierungen hätten, das alles doch von verschwindender oder untergeordneter Bedeutung sei gegenüber dem großen Kampf, den sie gemeinschaftlich zu führen hätten, die

**Parteien mit der Regierung verbunden gegen die revolutionären Agitationen.**

Meine Herren! Das war vor 15 Jahren. Sind die Verhältnisse in der Zwischenzeit besser geworden? Ich will nicht sagen, daß die Sozialdemokratie revolutionärer als früher geworden ist — revolutionär war sie immer, aber ihr revolutionärer Ausdruck nimmt an brutaler Deutlichkeit zu. Der Herr Abg. Baffermann gab neulich der Sozialdemokratie den Rat, wenn sie sich an bürgerliche Parteien annähern wolle, sich ehrlich zur Monarchie zu bekennen. Ich fürchte, die Sozialdemokratie wird diesen Rat ablehnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie sehen es, meine Herren, denn sie würde mit einem solchen Bekenntnis ihren Charakter, der von Grund aus antimonarchisch ist, verleugnen. Sie geben das wieder zu, wie denn auch niemand gegen Sie den Vorwurf erheben wird, daß Sie aus Ihren Herzen eine Mördergrube machen. Es ist denn auch wirklich recht bezeichnend, daß gerade in dem Augenblick, wo die am weitesten links stehende bürgerliche Partei eine Kooperation mit der Sozialdemokratie nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch erwägt, daß gerade in diesem Augenblick die Herren Sozialdemokraten den Herren von der fort-

schriftlichen Volkspartei es ins Gesicht sagen: Von eurer Monarchie wollen wir nichts wissen, wir verlangen die Republik! Dem Abg. Roske, der in Magdeburg urbi et orbi verkündete, daß die Sozialdemokratie mit der

## Parole der Republik

in die nächste Wahlkampf marschieren werde, sekundierte der preussische Abg. Liebknecht auf seiner amerikanischen Rundreise mit der Bemerkung: Jedermann in Deutschland wisse, daß die Entwicklung es sehr bald dahin bringen werde, daß viel mehr eben so über Nacht wie in Portugal, auch die deutsche Krone weggeblasen werden würde. (Hört, hört! rechts.) Nach den neuesten Zeitungsnachrichten ist der Abg. Liebknecht im weiteren Verlauf seiner Reise allerdings von Amerika enttäuscht worden und hat Heimweh bekommen. (Seiterkeit.) Wenn er nur nicht, sobald er zurückgekehrt ist, die Magdeburger Sprache wiederfindet! Meine Herren, über diese Ansichten und Absichten der Sozialdemokratie muß unser Volk klipp und klar Bescheid wissen. Darin werden mir auch diejenigen zustimmen, die der Ansicht sind, daß man der Sozialdemokratie nur auf geistigem Gebiet entgegenzutreten dürfe. Gerade für die Verfechter dieser Meinung ist es allererste Aufgabe, keine Unklarheit darüber aufkommen zu lassen, wo die Sozialdemokratie hinaus will und was sie lieber heute als morgen verwirklichen würde, wenn sie nur die Macht hätte. In Magdeburg hat die sozialdemokratische Partei das

## Bestimmungsrecht der „Massen da draußen“

an die Spitze ihrer Politik und ihrer Taktik gestellt. Diese Massen werden von Kindheit darüber belehrt, in allen Organen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung nichts anderes zu sehen, als eine Veranstaltung zur Entrechtung und Knechtung der Arbeiter. Wer soll sich da wundern, daß die Köpfe der Massen da draußen, deren Instinkte ihnen souveränes Prinzip sind, heiß werden, wenn sie sie so bearbeiten? Die Taten der Menschen sind eine Folge der in ihnen lebenden Ideen. Wer den Massen predigt, es werde ihnen erst gut gehen, wenn das Bestehende zertrümmert und zerstört sei, der trägt die Schuld, wenn die Massen die Konsequenz aus dieser Lehre ziehen. (Behaftes sehr richtig!) Deshalb halte ich auch die Sozialdemokratie für mit verantwortlich für große Exzesse, wie sie kürzlich in Moabit und anderen Orten vorgekommen sind. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren! Wenn Ihnen das unangenehm ist, hätten Sie ja die Sprache nicht darauf bringen müssen. Ich würde das Thema Moabit nicht berührt haben, wenn nicht gestern der Abg. Scheidemann in einer Weise darauf eingegangen wäre, die eine Zurückweisung erfordert. Der Abg. Scheidemann hat behauptet, es sei erwiesen, daß die Exzesse in Moabit zu neun Zehntel auf das Konto von Polizeispibeln und Arbeitswilligen zu setzen seien.